

Resolution gegen Strompreisbremse

Gemeinderat Jühnde fordert Korrekturen

JÜHNDE. Nach dem Kreistag hat nun auch der Rat der Gemeinde Jühnde einstimmig eine Resolution gegen die von Bundes-Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) geplante „Strompreisbremse“ verabschiedet. Darin werden die Bundesminister aufgefordert, ihre Vorschläge zu korrigieren. Darüber hinaus wird die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat gegen diese Vorschläge zu stimmen.

Der Plan sieht vor, zum 1. August den so genannten „Gülle-Bonus“ zu kürzen, der 2008 als Steuerinstrument für Biomasse-Anlagen eingeführt worden war. „Das lehnen wir ab“, sagt Jühndes Gemeindebürgermeister Dietmar Bode. Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), in dem der Gülle-Bonus verankert ist, sei die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung. Das EEG habe durch finanzielle Anreize die Realisierung von Projek-

ten wie dem der Biogasanlage in Jühnde begünstigt. Zentraler Bestandteil sei bisher eine feste Einspeisevergütung über 20 Jahre. „Viele Landwirte haben auf der Grundlage dieses EEG-Vergütungsbestandteils in die Effizienzsteigerung ihrer Biogasanlagen investiert“, sagt Bode.

Die pauschal rückwirkende Vergütungskürzung für alle seit dem Jahr 2000 in Betrieb genommenen EEG-Anlagen um 1,5 Prozent für das Jahr 2014 sei ein „Schlag ins Gesicht derer, die im Vertrauen auf gesetzliche Rahmenbedingungen viel Geld in EE-Anlagen und somit in den Umbau des Energieversorgungssystems investiert haben“. Für die Bioenergiegenossenschaft Jühnde sei das jetzige Geschäftsmodell bei einer Umsetzung der Pläne nicht mehr tragbar.

„Für das Bioenergiedorf Jühnde würde ein Verlust des Gülle-Bonus für 2014 allein 98000 Euro betragen“, sagt Bode. (per)